Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

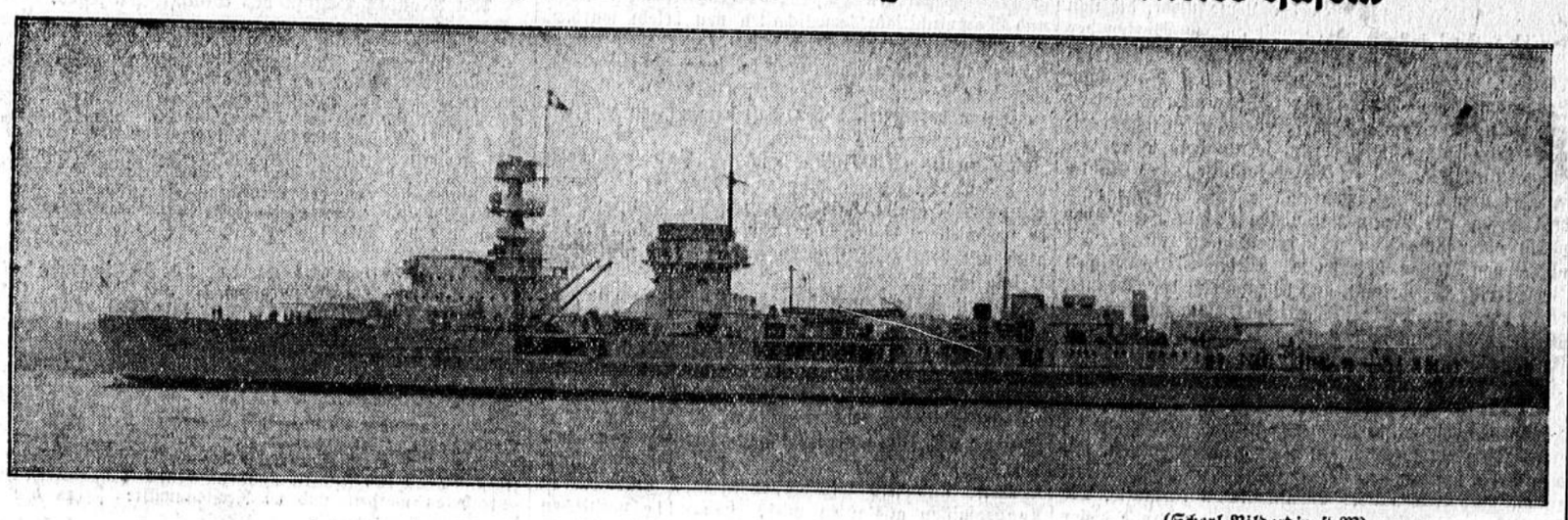
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 75 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. die 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Natotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 76.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 304 | Sonntag, den 3. November 1935 | Jahrgang 1935

Indienststellung des neuen Kreuzers „Nürnberg".

Das jüngste Schiff der deutschen Kriegsmarine im Kieler Hafen.



(Scherl-Bilderdienst-M)

Dnb **Kiel**, 2. November.

Am Sonnabend um 9,45 Uhr erfolgte in Kiel die feierliche Indienststellung des neuen Kreuzers „Nürnberg"

Als gegen ½10 Uhr morgens ein flinkes Chefboot der Kriegsmarine mit blitzendem Messingschornstein von der Reventlow-Brücke im Kieler Hafen anlegt, liegt ein hauchzarter grauer Schleier über Hafen und Förde. Fast silhouettenhaft wirkt der graue Leib des Kreuzers „Königsberg", der bei der Boje am Signalturm liegt. Gespenstisch ragen die schwarzen Schatten der 4. Torpedobootsflottille an der Blücher-Brücke in den Dunst. In rascher Fahrt schäumt unser Boot quer durch den Hafen. Aus einem Gewirr von Werks- und Arsenalgebäuden und Kränen hebt sich allmählich die „Nürnberg" heraus, die am Artilleriekai des Marinearsenals an dem Ostufer des Kieler Hafens liegt. Ueber das Fallreep geht es an Bord. Aus der Schanz unter den Drillingtürmen tritt ein Teil der Besatzung des Kreuzers „Nürnberg" gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten aller Abteilungen der Bauwerft der Deutschen Werke an, während der Rest der Besatzung auf dem Kai dicht neben dem Schiff divisionsweise Aufstellung nimmt.

Um ¾10 Uhr treffen die Ehrengäste, Gauleiter Streicher und der Nürnberger Oberbürgermeister Liebel ein. Der Kommandant, Kapitän zur See Schmundt, ergreift das Wort. Als sein Kommando „Heißt Flagge und Wimpel" ertönt, steigt langsam unter den Klängen des Präsentiermarsches die Kriegsflagge am Heck empor.

Am Schluß der Ansprache ertönt das Kommando: „Besatzung stillgestanden!" Bei präsentiertem Gewehr der Sicherheitswache braust dann ein dreifaches Sieg-Heil aus kräftigen Kehlen. Leuchtenden Auges stimmen die an der Kaimauer stehenden Arbeiter des Marinearsenals kräftig mit ein. Das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied klingen feierlich über das Wasser.

Die Indienststellung ist beendet. Die Mannschaft tritt ab.

Da bittet Gauleiter Streicher die zur Besatzung gehörenden Franken auf die Schanz. 19 Mann sind angetreten. Er ermahnt sie, den Namen „Nürnberg" stets in Ehren zu halten und allezeit als ganze Männer für Volksgemeinschaft und Vaterland einzutreten.

Dann nimmt auch Oberbürgermeister Liebel-Nürnberg das Wort, der besonders darauf hinweist, daß die Stadt Nürnberg stets mit dem Kreuzer „Nürnberg" und besonders den auf ihm befindlichen Landsleuten in enger Verbindung bleiben werde.

Kaum hatte der Oberbürgermeister geendet, da schallte dreifaches Sieg heil auf Gauleiter Streicher von der Landseite her zum Schiff. Die Arbeiter im blauen und grauen Arbeitsanzug rufen es ihm begeistert zu. Gauleiter Streicher benutzt die Gelegenheit, um zu den Arbeitern zu sprechen. Er erinnert an die unruhigen Zeiten der Systemzeit und den Wandel der Zeiten. Er erinnert an eine Rede, die er vor Jahren in Kiel gehalten hat, bei der man von roter Seite Störer in die Versammlung entsandt hatte, um die Wirkung herabzumindern. Seine Worte damals hätten sich bewahrheitet. Als er endet, liegt Freude und Zustimmung auf den Gesichtern der Arbeiterscharen.

Pessimismus in Genf, London und Paris.

Die Friedenspläne erledigt.

£ **London**, 2. Nov.

Die Morgenpresse ist nach der gestrigen Unterredung zwischen Laval, Eden und Sir Samuel Hoare in Genf der Ansicht, daß die englisch-französische Zusammenarbeit eine neue Stärkung erfahren habe, während die italienisch-französischen Friedenspläne vorläufig als erledigt betrachtet werden könnten.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet aus Genf, Laval habe dem englischen Außenminister erneut versichert, daß französische Flottenstützpunkte im Falle eines plötzlichen Angriffes im Mittelmeer der britischen Flotte zur Verfügung stehen werden. Nach dieser Erklärung würden sich die Verhandlungen in London zwischen den britischen und französischen Marinesachverständigen schneller und leichter abwickeln.

Man sei sich jetzt in Genf einig, daß zurzeit keine Verhandlungsgrundlage mit Italien vorhanden sei. Der französische Friedensplan, der einen italienischen Berater in Addis Abeba, italienische Unterberater in den nichtamharischen Provinzen, eine internationale Kontrolle über das eigentliche Abessinien und gewisse Gebietszugeständnisse an Italien vorgesehen habe, sei jetzt tot.

Wie verlautet, habe Laval den englischen Außenminister erneut um die Zurückziehung einiger Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer gebeten. Die Antwort sei verneinend ausgefallen in dem Sinne, daß kein solcher Schritt getan werden könne, solange Italien noch große zusätzliche Garnisonen in Lybien bestehen lasse.

Die „Times" meldet aus Genf, die britischen und französischen Vertreter seien sich darüber einig, daß auf dem französisch-englischen Programm für die unmittelbare Zukunft zuerst die Zusammenarbeit zur Stützung des Völkerbundes stehen müsse. Erst dann könne man an die Möglichkeit einer direkten Verhandlung denken. Die britischen Vertreter hätten aber der Ansicht Lavals zugestimmt, daß die Anwendung kollektiver Maßnahmen nicht irgendwelche neue Gelegenheiten für die Aushandlung einer Regelung ausschließe.

Das Ergebnis der Besprechungen sei ein vereinbartes Programm der französischen und britischen Vertreter für den nächsten Zeitabschnitt. Beide Länder würden nichts tun, ohne sich gegenseitig zu beraten.

Die gelegentlich auftretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich würden dann weiter verringert.

Die „Times" und andere Blätter glauben, Aloisi werde aller Voraussicht nach mit leeren Händen nach Rom zurückkehren. Man erwartet daher nicht sehr viel von der heutigen Unterredung zwischen Sir Samuel Hoare und Aloisi, außer einigen gegenseitigen höflichen Versicherungen.

Alarmnachrichten des „Echo de Paris".

(!) **Paris**, 2. November.

Die aus Genf und London vorliegenden Meldungen und Betrachtungen deuten darauf hin, daß mit einer neuen Versteifung des englisch-italienischen Verhältnisses zu rechnen ist.

Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" betrachtet diese Entwicklung mit Unzufriedenheit. Die Informationen, die er bringt, lesen sich eher wie Beschuldigungen und sind darauf zugespitzt, alarmierend zu wirken. Mit Beunruhigung stelle man fest, so schreibt er, daß die friedliebenden Kundgebungen Baldwins und Sir Samuel Hoares sich bisher nicht in die Praxis umgesetzt hätten. Davon weit entfernt, habe die britische Regierung entgegen den berechtigten französischen Erwartungen bisher nicht ein einziges Kriegsschiff seiner 600 000 t-Flotte aus dem Mittelmeer zurückgezogen, obwohl eine italienische Division aus Libyen zurückgezogen werde, und obwohl das Versprechen einer sofortigen Beistandsleistung der französischen Flotte vorliege.

Im Gegenteil, man müsse feststellen, daß die britische Admiralität gegenwärtig außerordentliche Vorbereitungen treffe. Es handele sich um Maßnahmen von großer Tragweite und auf lange Sicht; Reserven würden einberufen, außer Dienst gestellte Kriegsschiffe wieder in Fahrt gestellt, Stützpunkte im östlichen Mittelmeer eingerichtet, die Arsenale aufgefüllt, Verhandlungen mit Spanien geführt.

Die französische Regierung, so glaubt der Berichterstatter zu wissen, beabsichtige, sich in London nach den Gründen für diese Maßnahmen zu erkundigen. Sie werde zweifellos die englische Regierung daran erinnern, daß die französische Unterstützung nur im Rahmen des Völkerbundsgeistes gewährt werden könnte, d. h. nur im Hinblick auf eine friedliche Regelung des Streitfalls.

Wenn London, so schreibt der Berichterstatter weiter, die unversöhnliche Haltung der englischen Regierung vor allem als durch die bevorstehende Wahl bestimmt hinstelle, so müsse auch die Bedrohung Aegyptens durch Italien in Betracht gezogen werden.

Wie dem auch sei, die britische Admiralität fordere jetzt von Frankreich Maßnahmen, die eine tatsächliche Mobilisierung der französischen Militärkräfte notwendig machen würden.

Die Engländer hätten bereits darum gebeten, die Verschiebungen der französischen Luftstreitkräfte zu erfahren. Im ganzen gesehen, scheine die englische Regierung eine Demonstration der englisch-französischen Kräfte zu wünschen. Sie hoffe, daß die italienische Regierung einem derartigen Druck nachgeben werde.

Damit trage sie aber nicht den ausdrücklichen Warnungen des britischen Botschafters in Rom Rechnung, der davon überzeugt sei, daß Italien sich keinem Druck fügen werde, selbst wenn er noch so stark sei.

Auch der Londoner Berichterstatter des „Jour" kündigt ein Wiederaufleben der englisch-italienischen Spannung als kurz bevorstehend und als sehr tiefgehend an. Außerdem unterstellt er der englischen Diplomatie, daß diese die Opposition, die dem französischen Ministerpräsidenten im eigenen Kabinett begegne, sehr wohlwollend betrachte. Der Genfer Berichterstatter des gleichen Blattes ist der Ansicht, daß selbst nach den englischen Wahlen eine Versöhnung zwischen Italien und England weder leicht noch schnell zu erreichen sein werde.

Das „Echo de Paris" und das „Oeuvre" melden übereinstimmend aus Genf,

Sir Samuel Hoare habe dem französischen Ministerpräsidenten erklärt, England werde erst dann einige Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer zurückziehen, wenn Italien nicht eine, sondern drei Divisionen aus Libyen zurückgezogen und wenn die englandfeindliche Haltung der italienischen Presse sich geändert habe.

Pertinax stellt im „Echo de Paris" fest, daß eine englisch-italienische Entspannung sich höchstens erst in der Stufe der Hoffnung befinde. Die Besprechung zwischen Mussolini und Drummond habe einen ungünstigen Eindruck hinterlassen, und in Rom habe es heftige Kundgebungen gegen Eden gegeben. Im Grunde habe sich in der englisch-italienischen Lage nichts geändert. Italien wolle in Lybien eine gegen Aegypten gerichtete Waffe für den Fall behalten, daß etwa militärische Sanktionsmaßnahmen (Blockade usw.) ergriffen würden. Wenn England auch versprochen habe, militärische Sanktionsmaßnahmen nur in Uebereinstimmung mit Genf anzuwenden, so habe es bis heute jedoch nicht die Zusicherung gegeben, daß es sich in Genf jeden Vorschlags dieser Art enthalten werde.

Der erste Ruck am Gürtel.

Von unserem römischen Korrespondenten.

▲ **Rom**, 1. November.

Mit dem 28. Oktober, dem Erinnerungstag des Marsches auf Rom, hat das vierzehnte Jahr der faschistischen Zeitrechnung begonnen. Der Tag ist wie immer als Staatsfest gefeiert worden mit einem Aufruf des Duce, mit Versammlungen und Paraden der faschistischen Verbände, mit der Einweihung von Straßen, Brücken, Krankenhäusern, Bahnhöfen, Bibliotheken und Sportfeldern, die mit fieberhaftem Arbeitseinsatz bei Tag und bei Nacht pünktlich zum Staatsfeiertag fertig geworden sind. Noch einmal sind den Italienern und der Welt die großen und eindrucksvollen Friedensleistungen des Faschismus, die produktiv schaffenden, nach großzügigem Plan geordneten Kräfte der Nation an sichtbaren und repräsentativen Erfolgen gezeigt worden. Ueber allem freilich liegt schon der Schatten des Krieges. Das Jahr XIII ist offiziell das „Jahr der Rache für Adua" genannt worden. Das Jahr XIV beginnt mit schicksalhaft schweren Aufgaben auf der militärischen, der diplomatischen, der wirtschaftlichen Front.

Es ist kein Zufall, daß der Faschismus unter solchen Umständen in den Kundgebungen dieser Tage aus seinen vieldeutig schillernden geistigen Beständen die Gedankenreihen ins öffentliche Bewußtsein hebt, die den Krieg in Ostafrika als eine geradlinige und notwendige Fortsetzung und Bestätigung der in der Entwicklung der letzten Jahre wirksamen Kräfte erscheinen lassen: Faschismus ist fortdauernde geschichtliche Revolution, die sich im Bereich des nationalen Lebens ebenso durchsetzt wie in der Gestaltung der internationalen Beziehungen. Es gibt keine Lebensäußerung der Nation, die gegen die revolutionäre Grundströmung unempfindlich bleiben könnte. Innenpolitik und Außenpolitik sind nur verschiedene Ausdrucksformen desselben geschichtlichen Prozesses. Kommt die Neuordnung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft aus dem glühenden Kern einer sozialen Revolution, die veraltete Besitz- und Herrschaftsverhältnisse ablösen will, so ist Italien außenpolitisch im Begriffe, eine historische Rolle als „die große Proletarierin" unter den Völkern anzutreten und die dynamischen Elemente der Geschichte gegen die „plutokratischen und konservativen" Tendenzen der Erstarrung in Bewegung zu bringen. Der Krieg in Ostafrika soll in diesem Sinne gewissermaßen als sozialer Imperialismus erscheinen, als Teilstück der sozialen Revolution, die den in der Enge überquellenden Lebenskräften der Nation Raum schaffen und zugleich eine außenpolitische Bewegung der jungen, starken und armen Völker anführen möchte. Das etwa ist der politische Sinngehalt, der in den Kundgebungen zum Beginn des neuen Jahres der faschistischen Zeitrechnung ausgedeutet worden ist.

★

So weit gespannte geschichtliche Horizonte sind für die faschistische Staatsführung kein Hindernis, sich den vordringlichen Sorgen des Tages zuzuwenden. An der militärischen Front reifen die Ereignisse nur langsam einer Entscheidung größeren Stiles entgegen. Die diplomatische Front wird nicht preisgegeben, aber die Aussichten sind völlig ungewiß. Von Rom aus jedenfalls ist eine entscheidende Wendung noch nicht zu sehen. Umso dringlicher werden die Entscheidungen auf dem wirtschaftlichen Frontabschnitt. Die Staatsführung rechnet damit, daß der würgende Mechanismus der Sanktionen in Gang gesetzt wird. Die Oeffentlichkeit ist darauf vorbereitet, daß ein harter Abwehrkampf zu bestehen ist. Schon die Vorbereitung des Krieges hat eine weitgehende Umstellung der nationalen Wirtschaft erzwungen. Neben den Außenhandelskommissar, dem die zentrale Bewirtschaftung und Beschaffung der Devisen anvertraut wurde, ist ein Generalkommissar für die Kriegswirtschaft getreten. Er kann mit außerordentlich weitgehenden Vollmachten in alle privaten Wirtschaftszweige regulierend eingreifen, die irgendwie mit der wirtschaftlichen Seite der Kriegsführung zusammenhängen. Er überwacht die Beschaffung und Verwendung der Rohstoffe, er reguliert die Preise, er gewährt Subventionen, er kontrolliert die Gewinne. Zum Schutze der Verbraucher hat die Partei eine eigene Organisation geschaffen, die Höchstpreise und Richtpreise festsetzt und ihre Durchführung mit einem weit verzweigten Apparat überwacht. Damit kann freilich die allgemeine Tendenz der Preissteigerung nur reguliert, aber nicht aufgehalten werden. Ein besonders interessanter, in den italienischen Zeitungen kaum erörterter Eingriff ist in diesem Zusammenhang in der Seidenindustrie vorgenommen worden. Alle Rohseidenvorräte aus den Kokonernten des Jahres 1934 und der früheren Jahre müssen ausschließlich der Ausfuhr vorbehalten werden. Vorräte, die bis zum 1. Januar 1936 nicht ausgeführt sind, werden vom Staat beschlagnahmt. Da der italienische Seidenpreis über dem Weltmarktpreis liegt, muß unter

dem Druck des Staates mit Verlust exportiert werden. Der Zweck dieser wirtschaftlichen Opfer ist eindeutig. Die Seide geht vorzugsweise auf den amerikanischen Markt, ihr Export wird demnach von den Sanktionen nicht behindert und kann so die schwindenden Devisenvorräte ergänzen. Die Rohseide wird im Zeichen der Kriegswirtschaft zum internationalen Zahlungsmittel. An Kriegswirtschaft erinnern auch die Plakate, die bei den Banken und Sparkassen zur Zeichnung der Kriegsanleihe auffordern. Die neuen Steuern und Abgaben gehören in denselben Zusammenhang.

★

Das alles sind Maßnahmen, die sich schon ohne weiteres aus den kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten eines rohstoffarmen, kapitalschwachen und auf sich selbst gestellten Landes ergeben. Aber nun muß auch noch der Abwehrkampf gegen die Sanktionen organisiert werden. Da ist gar vieles zu bedenken. Was die Versorgung des Volkes mit Brot- und Teigwaren, den für Italien wichtigsten Nahrungsmitteln, angeht, so hofft man, mit den Vorräten der guten Weizenernte dieses Jahres auszukommen. Die in der Getreideschlacht erzielte Ertragssteigerung des Bodens wird also in einer wichtigen Stunde auf die Bewährungsprobe gestellt. Die Einführung von Bezugskarten für Nahrungsmittel ist wohl erörtert, aber abgelehnt worden. Man vertraut auf die Selbstdisziplin des Volkes und hilft sich mit anderen Mitteln. Das ist vor allem im Hinblick auf die Fleischversorgung notwendig. Der italienische Viehbestand hat schon seit Jahren wegen der Konzentrierung aller Kräfte auf die Getreideschlacht nicht ausreichend geschützt und gepflegt werden können. Dazu kam in diesem Jahre lange Trockenheit und ein empfindlicher Futtermangel, sodaß in vielen Gegenden Notschlachtungen vorgenommen werden mußten. Es bleibt also jetzt nichts übrig, als den Fleischverbrauch einzuschränken. Infolgedessen sind jetzt in ganz Italien am Dienstag die Metzgerläden geschlossen. Am Mittwoch darf kein Rindfleisch, kein Hammelfleisch und kein Schweinefleisch verkauft werden. Die Gaststätten dürfen zu einer Mahlzeit nur eine Fleischplatte servieren. Dafür soll der Ertrag der Fischerei und der Verbrauch von Wildbret durch Lockerung der Jagdschutzbestimmungen gesteigert werden. Die italienische Hausfrau rückt in die vordersten Linien der Verteidigungsfront. Aus den Müttern und Witwen der Gefallenen des Weltkriegs bildet die Partei überall Ausschüsse, denen die Aufgabe zugewiesen wird, den Abwehrkampf der Hausfrau auf diesem und auf anderen Gebieten (Verzicht auf eingeführte Modeartikel, Stoffe, Parfüms und Schönheitsmittel) zu organisieren. Auch sonst wird der nicht unbedingt kriegsnotwendige Rohstoffbedarf nach Möglichkeit eingeschränkt. Die italienischen Zeitungen erscheinen nur noch mit täglich sechs Seiten. Bei allen Behörden ist der Papierbedarf weitgehend einzuschränken. Die Arbeitszeit ist so zu legen, daß möglichst wenig Licht und Heizung verbraucht wird. Das etwa ist die erste Serie der Verordnungen. Es ist ausdrücklich angekündigt worden, daß noch weitere folgen. Man steht erst am Anfang. Es war nur der erste Ruck am Gürtel. Erst ein Loch zurück. Aber der Gürtel wird noch enger zurückgeschnallt werden müssen.

Neue Vorschläge Lavals von Aloisi glatt abgelehnt.

DNB **Paris**, 2. November.

Der erste Tag der diplomatischen Verhandlungen in Genf zwischen Laval und Aloisi und zwischen Laval und Sir Samuel Hoare hat nach den übereinstimmenden Berichten der Vertreter der Pariser Presse keinen Fortschritt in den Bemühungen zur Lösung des italienisch-abessinischen Streitfalles gebracht.

Es wird festgestellt, daß England die von den englischen und den französischen Sachverständigen in Paris ausgearbeiteten Vorschläge abgelehnt und daß Aloisi nicht minder deutlich zu verstehen gegeben habe, Italien werde weder diese Vorschläge noch die ihm am Freitag von Laval gemachten Anregungen annehmen.

Die französischen Berichterstatter vermerken weiter eine gewisse Versteifung des italienisch-englischen Verhältnisses, nachdem England nunmehr die Zurückziehung nicht einer, sondern dreier Divisionen aus Libyen zu fordern scheine, obgleich es sich zu einer Verminderung der Flottenstreitkräfte im Mittelmeer nicht bereitfinden wolle.

Die außenpolitische Mitarbeiterin des „Oeuvre" spricht von wachsender Nervosität auf italienischer Seite.

Aloisi habe zu verstehen gegeben, daß Vorschläge, die in dem Geiste abgefaßt seien, wie die ihm von Laval übermittelten, von Rom auch in Zukunft unbedingt glatt abgelehnt würden.

Ueber die Natur dieser Vorschläge berichtet „Oeuvre", England habe nach völliger Ablehnung der Vorschläge der Sachverständigen am Donnerstag dem französischen Ministerpräsidenten andere Vorschläge übermittelt. Danach solle nämlich Abessinien selbst mitbestimmen, welche Gebiete es an Italien abtreten wolle gegen Abtretung eines Hafens am Roten Meer auf italienischem Gebiete. Für das übrige Abessinien möge der Bericht des Fünferausschusses Anwendung finden, der eine Art von internationalem Mandat zur Entwicklung Abessiniens in Aussicht genommen habe.

Kabinettskrise in Australien.

Eine Folge der Sanktionsmaßnahmen.

£ **London**, 2. November.

Wie aus Canberra gemeldet wird, hat die Frage der Sanktionsmaßnahmen gegen Italien zu einer australischen Kabinettskrise geführt. Der australische Ministerpräsident Lyons hat dem Vizepräsidenten des Vollzugsausschusses, Hughes, wegen seines angeblichen Widerstandes gegen Sanktionsmaßnahmen gebeten, aus dem Kabinett auszutreten.

Lyons teilte Hughes telegraphisch mit, er könne eine Spaltung in dieser wichtigen Angelegenheit nicht dulden. In einem kürzlich erschienenen Buch hatte Hughes gesagt, wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen seien entweder eine leere Geste, oder aber sie bedeuteten Krieg.

Nach der Aufforderung des Ministerpräsidenten betonte Hughes in einer Unterredung, daß er die Gesetzgebung über die Sanktionsmaßnahmen durchaus unterstütze. Die Aeußerungen in seinem Buch bezögen sich nicht hierauf.

Der erfolgreiche Außenseiter.

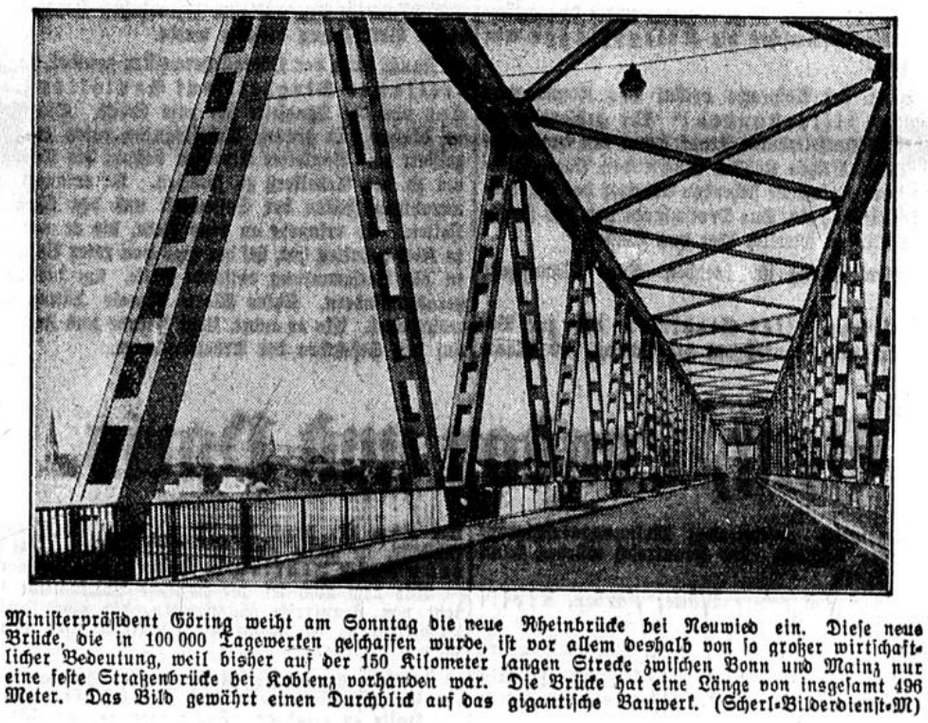
Die am vergangenen Sonntag getätigten Wahlen zum Schweizer Nationalrat haben das Ergebnis gehabt, daß die bürgerliche Mehrheit trotz einiger Mandatsverluste der Freisinnig-Demokraten, der Katholisch-Konservativen, der Bauern- und Bürgerpartei und der Jungbauern durchaus gesichert erhalten geblieben ist und daß die Sozialdemokraten und Kommunisten nur in der bisherigen Stärke in das eidgenössische Parlament zurückkehren. Die einzige Ueberraschung, die das Wahlresultat gebracht hat, ist der Erfolg eines Außenseiters, der zum ersten Mal sich um die Gunst der Wähler bewarb und auf einen Anhieb sieben Mandate errang. Dieser Sieger in der Wahlschlacht ist Gottlieb Duttweiler, der Direktor und Eigentümer der Migros A.-G. und Organisator des Hotelplans, den man in bestimmten schweizerischen Kreisen den tüchtigsten Mann der Schweiz nennt. Auch wer ihn nicht kennt, wird zuzugeben bereit sein, daß dieser Mann oder sein Programm, wie es auch aussehen mag, etwas Verlockendes für sich haben muß, wenn er es fertig brachte, ohne Parteibürokratie gleich mit einer siebenköpfigen Fraktion Sitz und Stimme im Nationalrat zu erringen.

Wer ist also Gottlieb Duttweiler? Er ist der erste, der praktisch und in größtem Ausmaß dank seiner Initiative und Organisationsgabe in die hohen Lebenskosten der Schweiz eine Bresche geschlagen hat. Darum waren ihm die Sympathien der Leute sicher, die von seinem Wirken Nutzen haben, mit andern Worten der Verbraucher in den Städten, in denen seine Gesellschaft, die Migros, die Belastung der Ware vom Produzenten zum Verbraucher fühlbar herabgemindert hat. Duttweiler kam aus dem Lebensmittelgroßhandel, war lange Jahre in Uebersee, lernte dort unter Erfolgen und Mißerfolgen die Kolonialwarenerzeugung an Ort und Stelle kennen und kehrte ein Jahr nach dem Kriege als Mann mit vielen Erfahrungen, aber völlig ohne Vermögen nach der Schweiz zurück. Mit nüchternen Augen betrachtete er die wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimat, und da kam ihm der Gedanke, durch eine neue Art der Warenverteilung sich ins Geschäft zu bringen und zugleich der Verbraucherschaft zu nützen. Er schaltete den Laden aus und ließ bestimmte Waren des täglichen Bedarfs mittels Wagen von Haus zu Haus verkaufen. Im Jahre 1925 fuhr in Zürich das erste Auto der neuen „Migros-Gesellschaft", zweckmäßig eingerichtet, mit einheitlich verpackten, mit dem Preis bezeichneten Waren, die der Chauffeur direkt an die Hausfrauen oder Dienstmädchen verkaufte. Die Qualität erwies sich als mustergültig, die Preise dieser standardisierten Waren lagen 20 bis 40 v. H. unter denjenigen der Läden. In den volks- und industriereichen Kantonen der Nord- und Nordwestschweiz wurde die Migros zur stärksten Konkurrenz der Konsumvereine und des Lebensmittelkleinhandels. Der Widerstand, den Duttweiler in den Organisationen und in der Bürokratie zu überwinden hatte, war nicht gering. In einer Reihe von Kantonen konnte die Gesetzesmaschinerie „zum Schutz der Wirtschaft" gegen ihn angewendet werden. Wo aber der Migros der Verkauf vom Wagen untersagt wurde, da ließ Duttweiler Verkaufsstellen einrichten. Er scheute keine Form des Konkurrenzkampfes, die Verbraucher aber blieben ihm treu, so daß auch seine Läden florieren. In volkstümlicher Sprache und mit Humor treibt er in den Anzeigenteilen der Zeitungen seine Propaganda und setzt er sich mit seinen Gegnern auseinander. Heute hat die Migros eigene Fabriken und 55 Millionen Jahresumsatz.

Die Tatsache, daß unter der Wirtschaftskrise die Hotels in der Schweiz nur noch ungenügend besetzt sind, daß die Hoteliers darum schwere Sorgen haben, brachte Duttweiler, der heute ein Mann um die 50 ist, auf den Gedanken, durch organisatorische Maßnahmen dieser Defizitwirtschaft zu begegnen. Er rief die Hotelplan-Genossenschaft ins Leben, organisierte billige Schweizerreisen aus dem In- und Ausland, wobei die Teilnehmer nicht nur weniger in den Hotels zu zahlen, sondern auch bedeutende Preisermäßigungen auf Bahnen und Dampfern genießen, und erreichte damit, daß leerstehende Hotels wieder bis unters Dach gefüllt, Bergbahnen zur Betriebserweiterung befähigt und Dampfschiffahrtsgesellschaften neu belebt wurden. Sein Vorstoß in das Preisgefüge der großen Hotels löste zwar heftigen Widerstand bei ihren Besitzern aus, aber die Hoteliers, die den Nutzen seiner Organisation zu spüren bekommen haben, halten ebenso zu ihm wie die Verbraucher. Duttweiler rühmt sich, in diesem Jahre bereits 40 000 Gäste nach der Schweiz gebracht zu haben. Was dieser Plan an Gewinn für die Fremdenindustrie ergibt, steht noch nicht fest, jedenfalls hat er verschiedene Reisegebiete sehr stark belebt. So hat auch mit dem Hotelplan Duttweiler den praktischen Erfolg für sich.

Damit ist das, was über den Kaufmann und Organisator Duttweiler zu sagen ist, gesagt. Er hat es verstanden, sich wirtschaftlich durchzusetzen, und nun erwarten seine Wähler in Zürich und Basel und, wo sie ihm sonst ihre Stimme gegeben haben, daß er auch im eidgenössischen Parlament ähnliche Beweise seiner Tatkraft und seines Ideenreichtums liefert. Seine Gegner dagegen hoffen, daß ihm dort die Flügel gestutzt werden und sein wirtschaftspolitisches Stürmen in Konpromissen auslaufen wird. Ein alle politischen Gebiete umfassendes Programm hat Duttweiler bisher noch nicht verkündet. Vermutlich wird man auch darauf bei diesem rein wirtschaftlich und organisatorisch veranlagten Manne vergeblich warten.

Die neue Rheinbrücke bei Neuwied.



Ministerpräsident Göring weiht am Sonntag die neue Rheinbrücke bei Neuwied ein. Diese neue Brücke, die in 100 000 Tagewerken geschaffen wurde, ist vor allem deshalb von so großer wirtschaftlicher Bedeutung, weil bisher auf der 150 Kilometer langen Strecke zwischen Bonn und Mainz nur eine feste Straßenbrücke bei Koblenz vorhanden war. Die Brücke hat eine Länge von insgesamt 496 Meter. Das Bild gewährt einen Durchblick auf das gigantische Bauwerk. (Scherl-Bilderdienst-M)

Ministerpräsident Göring im Saarland

DNB **Saarbrücken**, 2. November.

Zum ersten Male seit der Rückgliederung des Saarlandes stattete heute Ministerpräsident Göring dem Saarlande einen Besuch ab. Kurz vor 9 Uhr traf der fahrplanmäßige D-Zug von Berlin-Frankfurt auf dem Hauptbahnhof Saarbrücken ein. Als der Ministerpräsident in Begleitung seines Chefadjutanten Bodenschatz und des persönlichen Referenten, Ministerialrat Gritzbach, dem Zuge entstieg, wurde er vom Reichskommissar Gauleiter Bürckel begrüßt. Dieser stellte dem Ministerpräsidenten die anderen zum Empfang erschienenen Herren vor, darunter die Generaldirektion der Saargruben, den Regierungspräsidenten, den stellv. Gauleiter und den Reichsbahnpräsidenten. Nach kurzer Begrüßung begab sich der Ministerpräsident durch ein dichtes Spalier von SA, SS, Jungvolk, Polizei, NSKK usw. unter dem Jubel einer tausendköpfigen Menge zur Grube Reden, wo eine Besichtigung und eine Einfahrt in die Grube stattfand.

Kdf-Abordnung in Amerika.

DNB **Berlin**, 2. November.

Die Adjutantur des Reichsleiters der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, teilt mit: Auf Einladung der großen amerikanischen Organisation für Freizeitgestaltung hat eine aus vier Mitgliedern der Deutschen Arbeitsfront bestehende Abordnung der NSG „Kraft durch Freude" der Deutschen Arbeitsfront an dem „21. National Recreation Congreß" in Chicago teilgenommen. Im Rahmen dieses amerikanischen Kongresses hatte die deutsche Abordnung Gelegenheit, den Kraft-durch-Freude-Madeira-Film vorzuführen und ein lebendiges Bild vom Aufbau und der Tätigkeit der NSG „Kraft durch Freude" darzulegen. Ueber den 1936 in Hamburg stattfindenden Weltkongreß für Freizeit und Erholung konnte mit der amerikanischen Organisation volles Einvernehmen erzielt und freundschaftliche Zusammenarbeit vereinbart werden.

Bischöfliche Kundgebungen zum Winterhilfswerk.

Dnb **Köln**, 2. November.

Der Kölner Erzbischof Kardinal Dr. Schulte und der Bischof von Aachen, Dr. Vogt, rufen in einem Hirtenbrief die Gläubigen zur Teilnahme am Winterhilfswerk auf. In dem Hirtenschreiben des Kölner Erzbischofs heißt es u. a.:

„Die vom Geiste der Liebe Christi erfüllt sind, werden sich auch als opferfreudige Förderer jener Hilfswerke bewähren, die zur Linderung der allgemeinen Volksnot ins Leben gerufen werden. Vor wenigen Tagen hat die Reichsregierung aufs Neue zu einem solchen Werk unser ganzes Volk ohne Unterschied aufgerufen. Bei dem Winterhilfswerk dieses Jahres dürfen und werden daher Kirche und Caritas sich nicht versagen. Es gilt dem gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Kälte in unserem Vaterlande. Dem Worte der Reichsregierung, das das Winterhilfswerk als Ehrenpflicht bezeichnet, trete ich aus Ueberzeugung bei, und Euch alle, geliebte Erzdiözesanen, bitte ich als Euer Oberhirte, Euch bei der Erfüllung dieser Ehrenpflicht hervorzutun."

Der Bischof von Aachen schreibt u. a.: „Das katholische Volk wird nicht beiseite stehen, wenn es gilt, die Liebe zu seinem irdischen Vaterlande und den Volksgenossen aufs Neue tatkräftig zu bezeugen."

Ein Hochverräter verurteilt.

♥ **Berlin**, 2. November.

Wegen fortgesetzter Vorbereitung zum Hochverrat verurteilte der Volksgerichtshof den 29jährigen Paul Papke zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Er hat nach den Ermittlungen der Reichsanwaltschaft bis in das Jahr 1935 hinein für die hochverräterischen Ziele der Roten Hilfe, einer gleichfalls verbotenen Unterorganisation der KPD, gearbeitet. Im Inlande war er vor allem in Köln und Aachen tätig und hat hier Unterstützungsbeiträge für Kommunisten verteilt. Auf Auslandsreisen hat er mit leitenden Funktionären der Roten Hilfe in Paris, Amsterdam und anderen Orten Fühlung genommen und sich von ihnen Weisungen für seine umstürzlerische Tätigkeit erteilen lassen.

Das Attentat auf den chinesischen Ministerpräsidenten.

DNB **Nanking**, 2. Nov.

Wie die polizeiliche Untersuchung des Mordanschlages auf Ministerpräsident Wangtschingwei bisher ergeben hat, sind an dem Attentat drei Männer und eine Frau unmittelbar beteiligt. Diese vier Personen konnten verhaftet werden. Die Polizei soll bei der verhafteten Frau belastendes Briefmaterial gefunden haben, das auf einen anscheinend von langer Hand vorbereiteten Anschlag schließen läßt.

Der mit der Untersuchung betraute Chef der Sonderpolizei in Nanking hat an die Presse eine Erklärung gegeben. Diese Erklärung besagt, daß er nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß der Anschlag auf den Ministerpräsidenten mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine kommunistische Verschwörung zurückzuführen sei.

Der Zustand des schwer verletzten Ministerpräsidenten Wangtschingwei gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß.

Frankreichs größter Skandalprozeß.

Am Montag Beginn des Stavisky-Prozesses.

DNB **Paris**, 2. November.

Am kommenden Montag beginnt vor dem Pariser Schwurgericht der größte Skandalprozeß den Frankreich seit der Dreyfuß-Angelegenheit gekannt hat. Es handelt sich um den Prozeß wegen des Falles Stavisky, jenes berüchtigten internationalen Betrügers, der mit Hilfe des städtischen Leihhauses in Bayonne falsche Bonds im Werte von fast 300 Millionen Franken ausgab und sich nach der Aufdeckung seiner Betrügereien in der Nähe von Chamonix in dem Augenblick das Leben nahm, als die Polizei seine Villa umzingelt hatte, um ihn zu verhaften.

Auf der Anklagebank werden 20 Helfershelfers Staviskis Platz nehmen, die zum Teil seit zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzen, zum Teil vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Unter den Angeklagten befinden sich zwei ehemalige Abgeordnete, wovon der eine Oberbürgermeister von Bayonne war, zwei ehemalige Rechtsanwälte, zwei Zeitungsdirektoren und ein General im Ruhestand, außerdem die Frau Staviskis und der Direktor des städtischen Leihhauses in Bayonne. Der Prozeß wird etwa zwei bis drei Monate dauern. Die Anklage vertritt der Generalstaatsanwalt selbst. Etwa 200 Zeugen sind von den beiden Parteien aufgeboten worden, und 60 Rechtsanwälte stehen den Angeklagten zur Seite.

Schwere Schiffsunfälle auf dem Schwarzen Meer.

Dampfer mit 100 Passagiere gesunken.

DNB **Moskau**, 2. November.

Nach Meldungen aus Odessa und Batum hat der Sturm, der seit einigen Tagen auf dem Schwarzen Meer wütet, große Verheerungen und schwere Schiffsunfälle verursacht. Im Hafen und in der Stadt Batum wurde erheblicher Schaden angerichtet. Der Schiffsverkehr mußte eingestellt werden. Die Telephon- und Telegraphenleitungen sind gestört. Wie aus Odessa berichtet wird, ist ein Sowjetdampfer an der Krimküste vom Sturm an Land geworfen worden. Um das Schicksal des Schiffes herrscht große Besorgnis. Ein zweiter Dampfer wurde auf der Fahrt nach Odessa zu einem Spielball der Wellen, da sein Kohlenvorrat ausgegangen war. Er warf Anker und sandte SOS-Rufe aus. Hilfe ist unterwegs. Verschiedene Dampfer mußten Nothäfen anlaufen.

Der türkische Dampfer „Gebzet", der mit hundert Passagieren an Bord von Smyrna nach Konstantinopel unterwegs war, geriet einer Meldung aus Konstanze zufolge in schwere Seenot. Da keine Hilfe möglich war, ging das Schiff mit Mann und Maus unter.

Unbestätigten Nachrichten zufolge sind noch ein griechischer Dampfer und ein bulgarisches Schiff „Zar Ferdinand", das türkische Auswanderer aus der rumänischen Dobrudscha nach der Heimat brachte, untergegangen; über das Schicksal der Passagiere fehlt jede Nachricht.

Auch mehrere Tankschiffe befinden sich in Seenot und haben SOS gefunkt. Der rumänische Personendampfer „Alba Julia" traf aus Konstantinopel in dem Heimathafen Konstanze mit dreißigstündiger Verspätung ein.

Erdbebenpanik in Nordamerika.

DNB **Newyork**, 2. November.

Die Stadt Helena im Staate Montana, die bereits am Donnerstag unter schweren Erdstößen zu leiden hatte, ist im Laufe des Freitags von einem weiteren Erdbeben heimgesucht worden. Im ganzen wurden dort 158 neue Erdstöße verspürt.

Diese neue über Helena hereingebrochene Naturkatastrophe hat die Panik, die unter den Einwohnern ausgebrochen ist, noch erhöht. Das Beben am Freitag hat neuen schweren Schaden angerichtet.

Zahlreiche Familien, deren Wohnhäuser zerstört wurden, sind in Zelten untergebracht. Das Frostwetter und der Schnee haben die Not dieser Familien noch erhöht. Viele der Unglücklichen schlafen auf den Korridoren des Capitols. Die Bahngesellschaft hat den durch das Unglück obdachlos Gewordenen geheizte Bahnwagen zur Unterbringung der Frauen und Kinder zur Verfügung gestellt.



Wetterbericht der Reichswetterdienststelle Essen-Mülheim.

⊙ **Essen**, 3. November.

Vorhersage für Sonntag: Mäßige Winde um Süd, in den Morgenstunden strichweise Bodennebel, tagsüber heiter bis wolkig, vorwiegend trocken und mild.

Vorhersage für Montag: Bei anhaltenden Südwinden Fortbestand der Hochdruckwetterlage.

Blick nach draußen.

Notizen aus Auslandszeitungen.

Die letzte Feuersteinwerkstatt.

Es gab einmal eine ausgedehnte Feuersteinindustrie in der Welt. Man braucht dabei nicht gleich an die Steinzeit zu denken, sondern nur bis in das vorige Jahrhundert zurückzugehen. Bis zu der Erfindung des Zündnadelgewehrs wurde nämlich, wie man weiß, das Pulver in einer Kanone, einem Gewehr oder einer Pistole durch einen Feuerstein zur Explosion gebracht. Nach der Einführung der Nadelzündung ging es mit dieser Industrie rasend bergab, und heute wird nur noch in den Feuerzeugfabriken Feuerstein bearbeitet. Nur eine einzige Werkstatt gibt es noch, in der das alte Gewerbe der Feuersteinbearbeitung für Feuerwaffen ausgeübt wird, und zwar in der englischen Provinzstadt Brandon, wo sich das Gewerbe seit undenklichen Zeiten in der Familie Edwards vererbt hat. Man kann sich vorstellen, daß die Edwards der letzten Generation nicht mehr allzu viel zu tun hatten. Seit etlichen Wochen blüht aber der Betrieb, und Meister Edwards und seine Gesellen sind sogar gezwungen, Ueberstunden zu machen. Ihre Auftraggeber sind irgendwelche Händler, die den abessinischen Markt mit Feuersteinen versorgen. Ein großer Teil der abessinischen Truppen ist nämlich noch mit uralten Büchsen und Revolvern ausgerüstet, die noch aus der Zeit vor der Erfindung der Zündnadel stammen. Für diese Waffen besteht jetzt natürlich ein starker Bedarf nach Feuersteinen. 35 000 bis 40 000 Steine gehen wöchentlich in das Reich des Negus. Der Preis beträgt zur Zeit etwa 7,50 Mark für tausend Stück. Sehr reich kann Meister Edwards bei diesem Geschäft nicht werden, denn ein Arbeiter schafft pro Stunde nur etwa 300. Auch in ruhigen Zeiten beliefert Edwards den afrikanischen Markt mit seinen Steinen, denn nicht nur in Abessinien, sondern auch in anderen Gegenden des schwarzen Erdteils spielt die Flintfeuerwaffe immer noch eine Rolle. Erst seit dem Weltkrieg haben modernere Waffen auch in Afrika Eingang gefunden.

Die Odyssee eines Kärntner Zimmermanns.

In diesen Tagen traf in seiner Kärntner Heimat ein ernst dreinschauender Mann mittleren Alters ein, dessen faltenreiches Gesicht von vielen Leiden, Entbehrungen und Erduldungen sprach. Aber seine Augen leuchteten, als sie die Heimat mit ihren Bergen und Seen wiedersahen. Das war vor 21 Jahren, als der 25jährige lebensfrohe Zimmermann Leo Kainz, den alle im Dorf gern hatten, in den Krieg ziehen mußte. Schon nach wenigen Wochen wurde er mit einigen Kameraden auf einer Streifpatrouille von einer Sotnie Kosaken umzingelt und nach erbitterter Gegenwehr gefangen genommen. Man brachte ihn zunächst in ein Gefangenenlager nicht allzuweit von der Front. Kainz bereitete schon einen Fluchtversuch vor, als er in ein anderes Lager überführt wurde. So geschah es noch viele Male, schließlich befand er sich tief in Sibirien. Als der Krieg zu Ende gegangen war, erfuhr man das in dem Lager erst nach vielen Wochen. Die Russen hatten zu viel mit sich selbst zu tun und kümmerten sich nicht um das Schicksal ihrer Gefangenen. Kainz sehnte sich sehr nach seiner Heimat, aber er wollte nicht mittellos wiederkommen. So blieb er zunächst in der Gegend, wo er als Zimmermann genügend Beschäftigung fand. Dazu hatte es ihm eine hübsche Russin angetan, die seine Frau wurde und ihm auch einen Jungen schenkte. Aber, obgleich Kainz mit seinem Schicksal hätte zufrieden sein können, litt er von Monat zu Monat schwerer unter dem Heimweh. Als er es nicht mehr länger aushielt, trennte er sich in gutem Einvernehmen von seiner Frau und zog der Heimat entgegen. Es dauerte monatelang, bis er die Grenze Rußlands erreichte, da wollte es das Schicksal, daß in der letzten Nacht, die er auf russischem Boden in einem Wirtshaus verbrachte, ihm sein Geld gestohlen wurde. Wie sollte er nun weiter kommen, denn bis Kärnten war es doch sehr weit? So kehrte er um und traf nach vielen Entbehrungen in dem sibirischen Dorf wieder ein. Jahrelang lebte er dort weiter als Zimmermann, aber das Heimweh ließ ihn nicht los. Nochmals machte er die lange Reise, zum großen Teil zu Fuß. Es gelang ihm, die russische Grenze zu überschreiten und durch den Balkan nach Kärnten zu kommen. Wenn etwas seine Freude des Wiedersehens mit seiner Heimat trübt, so ist es die Trauer darüber, daß seine Frau ihn mit dem Jungen nicht begleiten wollten.

Wer darf nicht heiraten?

Für alle Ehestandsanwärter in Deutschland sind die Erläuterungen von großer Bedeutung, die Amtsgerichtsrat Maszfeller vom Reichsjustizministerium über das Ehegesundheitsgesetz in der „Juristischen Wochenschrift" gibt.

Zum Begriff der mit der Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit, die nach dem Gesetz zum Eheverbot führt, erklärt der Referent, daß zu den die Ehe ausschließenden Infektionskrankheiten in erster Linie die verheerenden Geschlechtskrankheiten zu rechnen sein werden, sofern sich die Krankheit in einem Stadium befindet, das die — abstrakte — Gefahr der Uebertragung auf einen anderen begründet. Solche Eheverbote bestünden bereits zum Beispiel in Schweden und Norwegen. Bei anderen Infektionskrankheiten werde der Arzt im Einzelfall immer feststellen müssen, ob mit einer erheblichen Gesundheitsschädigung des anderen Teiles oder der Kinder zu rechnen sei. Nicht jede nur unbedeutende Krankheit begründe das Eheverbot. Das gilt nach dem Referenten auch für die Verbotsmöglichkeit beim Vorliegen einer geistigen Störung, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt. Es müßten vielmehr erhebliche geistige Störungen festgestellt sein. Der Arzt müsse die Gesichtspunkte der qualitativen und quantitativen Bevölkerungspolitik sorgsam gegeneinander abwägen. Denn ein Volk mit unzureichendem Bevölkerungsnachwuchs dürfe die Erzeugung von Nachwuchs nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus beschränken.

Die Verbotsbestimmung beim Vorliegen einer Erbkrankheit erstrecke sich auf die in § 1 Absatz 2 des Erbkrankheitsgesetzes aufgezählten Erbkrankheiten: angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, zirkuläres (manisch-depressives) Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Veitstanz, erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere erbliche körperliche Mißbildung, wobei aber der Charakter der Erbkrankheit einwandfrei festgestellt sein muß. Andere Erbkrankheiten begründen nicht das Eheverbot nach dem neuen Gesetz. Im Einzelfalle könne die Ehe höchstens wegen Vorliegens der Voraussetzungen des Unerwünschtseins für die Volksgemeinschaft verboten sein, zum Beispiel in gewissen Fällen von schwerem Alkoholismus. Nur Anlageträger können nach dem Erbgesundheitsgesetz nicht sterilisiert werden. Ihnen sei auch die Eheschließung nicht verboten. Die Erbkrankheit müsse vielmehr schon einmal manifest geworden sein.

Die Eheverbote gelten natürlich nicht nur, wenn nur bei einem Verlobten eine die Ehe ausschließender Krankheitszustand festgestellt werde, sondern erst recht, wenn beide Verlobte krank sind. Keine Bedenken bestünden aber dagegen, daß der Sterilisierte die Ehe mit einer ebenfalls sterilisierten oder auch einer natürlich unfruchtbaren Person eingehe.

Gute Aussichten für die Konservativen in England.

Verluste der Arbeiterpartei bei den Gemeinderatswahlen.

DNB **London**, 2. November.

In über 300 Städten in England und Wales fanden am Freitag Gemeinderatswahlen statt. Sie sind angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen von besonderem Interesse. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus rund 100 Städten haben die Konservativen 32 Sitze gewonnen, während die Arbeiterpartei 24 Sitze verloren hat. Die Liberalen verloren zwei und die Unabhängigen sechs Sitze. In London selbst fand keine Abstimmung statt, da hier die Gemeinderatswahlen nur alle drei Jahre durchgeführt werden. In den Städten Birmingham und Leeds konnten die Konservativen sechs bezw. vier Sitze von der Arbeiterparteilern gewinnen. In Liverpool nahmen sie der Arbeiterpartei einen, den Unabhängigen zwei Sitze ab. In Cardiff gewann die Arbeiterpartei einen Sitz von den Konservativen, in der Universitätsstadt Oxford konnte die Arbeiterpartei vier Sitze gewinnen. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiterpartei bei weitem die meisten Kandidaten ins Feld geschickt hat; sie ging mit 901 Kandidaten in den Kampf, während die Konservativen nur 512 Vertreter aufgestellt hatten.

Wieder 15 weibliche Unterhausmitglieder?

Junge Frauen als Kandidatinnen.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

£ **London**, Anfang November.

Obgleich die Zahl der weiblichen Wähler in Großbritannien die der männlichen übersteigt — auf sieben Männer kommen acht Frauen —, wird die Zahl der weiblichen Abgeordneten in dem neuen Unterhaus wahrscheinlich kleiner sein als bisher. Bei der letzten Wahl kandidierten nämlich 62 Frauen, von denen 15 gewählt wurden, während diesmal nur 56 nach parlamentarischen Ehren streben. Merkwürdigerweise hat sich bei den Konservativen und Liberalen die Zahl der Frauenkandidaten vermehrt, obwohl zum mindesten die Konservativen nicht gerade begeisterte Anhänger des Frauenwahlrechtes sind. Bei den Sozialisten dagegen ist das Interesse der Frauen stark zurückgegangen.

Von den jetzigen 14 weiblichen „M. P." lassen sich 13 wieder aufstellen. Nur einer konservativen Abgeordneten ist die Sache über geworden. Bemerkenswert ist, daß sich diesmal sehr junge Frauen um Parlamentssitze bewerben. Die jüngste Kandidatin, ein Fräulein Jackson, die Tochter eines hohen Offiziers, ist erst 26 Jahre alt. Aeußerst musikalisch scheint die konservative Kandidatin Miß Scarborough zu sein. Sie hat sich bereits einen Wahlmarsch komponiert, und in ihrem Büro steht ein Klavier, auf dem dieser Marsch vermutlich zur Anregung der präsumptiven Wähler recht häufig gespielt wird. Die anderen Kandidatinnen verlassen sich auf die alten mit mehr oder weniger Erfolg erprobten Methoden der Wahlreden. Alle werden natürlich dafür gesorgt haben, daß möglichst viele gute Freunde und Freundinnen ihnen dabei Vorspanndienste leisten.

Unter den männlichen alten „M. P." befindet sich einer, der genau eine Woche lang das Vergnügen gehabt hat, die heiß erstrebten beiden Buchstaben hinter seinen Namen setzen zu können. Es ist Sir Henry Fildes, der kürzlich in einer Nachwahl gewählt wurde. Seine Wahlkampagne hat Sir Henry 1130 Pfund oder beinahe 15000 Mark gekostet — reichlich viel Geld für eine Woche Unterhausmitglied. Vermutlich wird es Sir Henry jetzt aber noch einmal versuchen und dann, falls er wiedergewählt wird, nach menschlichem Ermessen etwas länger die Ehre haben, ein ehrenwertes Mitglied des Unterhauses zu sein.

Wahlrede Lloyd Georges im Rundfunk

Protestkundgebungen gegen Churchill.

DNB **London**, 2. November.

Lloyd George erklärte am Freitagabend in einer Rundfunkwahlrede, daß die Sanktionspolitik der englischen Regierung in Genf ein Fehlschlag sei. Die Sanktionsmaßnahmen gegen Italien seien viel zu milde und würden ihr Ziel niemals erreichen. Sie seien eine Verhöhnung der Völkerbundssatzung. England selbst würde auch in Zukunft den Brennstoff für die italienischen Flugzeuge liefern und andere Länder würden je nach Belieben Einschränkungen der Sühnemaßnahmen vornehmen.

Winston Churchill trat am Freitagabend als Wahlredner in den Londoner Wahlkreisen Camberwell und Paddington auf. Die Rede in Camberwell, in der Churchill wieder seine üblichen Angriffe gegen Deutschland vorbrachte und eine starke Aufrüstung Englands forderte, wurde häufig durch laute Protestrufe unterbrochen. Der Schluß seiner Ausführungen ging im Lärm unter. Mehrere Männer und Frauen wurden gewaltsam aus der Halle entfernt. Eine große, teils aus Anhängern und teils aus Gegnern Churchills bestehende Menschenmenge hatte sich vor dem Gebäude versammelt. Es gelang Churchill jedoch, sich durch eine Hintertür zu entfernen.

Aus Westdeutschland.

Erweiterung der Zeche Klosterbusch.

● **Bochum**, 2. November.

Den ersten Spatenstich zu einem neuen Wetterschacht und die Inbetriebnahme einer neuen Kesselanlage nahm die Zeche Klosterbusch in Bochum zum Anlaß einer schlichten Feier, an der Berghauptmann Polster, der Gauwalter der DAF. Stein, und der Reichsbetriebsschaftsleiter der Guppe Bergbau, Padberg, teilnahmen. Gauwalter Stein entzündete die Flamme zur neuen Kesselanlage, während Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter Padberg den ersten Spatenstich zum neuen Schacht tat. Direktor Sonnenschein von der Zeche Klosterbusch gab einen kurzen Rückblick auf die im Jahre 1918 gegründete Anlage, die im Jahre 1919 nur eine Belegschaft von 10 Arbeitern hatte, jetzt aber eine solche von 1000 aufweist.

Ehrung eines alten Kämpfers.

Gauleiter Dr. Meyer und Gruppenführer Schramme am Grabe Wilhelm Roses.

× **Paderborn**, 1. November.

Am Freitag wurde Obertruppführer Wilhelm Rose der älteste Kämpfer der Bewegung im Paderborner Land und älteste SA-Mann in Paderborn, unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung im neugeschaffenen Ehrenhain für verdiente politische Kämpfer beigesetzt. Im Trauergefolge sah man zahlreiche führende Persönlichkeiten der Bewegung, des Heeres und der Behörden, an ihrer Spitze Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer und Gruppenführer Schramme, die beide dem alten Freund und Kämpfer ehrende Worte des Dankes und der Treue widmeten. Da Wilhelm Rose die ihm für den 9. Nov. zugedachte Ehrung nicht mehr lebend entgegennehmen konnte, wurde der Verstorbene im Angesicht des offenen Grabes zum Sturmführer ernannt.

Dreister Raubüberfall.

● **Niedermarsberg**, 2. November.

Ein verwegener Raubüberfall wurde von bisher unbekannten Tätern ausgeführt. Zwei maskierte und mit Blendlaternen versehene Männer drangen durch die nicht verschlossene Haustür des Metzgermeisters und Viehhändlers Josef Bickmann, Kötterhagen, drehten die Haustürlampe aus und bedrohten die in der Küche sitzende Frau des Geschäftsinhabers und die Hausgehilfin mit vorgehaltenem Revolver, drangen in den Laden ein, raubten die Ladenkasse und verschwanden im Dunkel des Abends. Herr B. war für kurze Zeit abwesend, um Fleisch fortzubringen. Die Frau sprang durch das Küchenfenster nach draußen und alarmierte sogleich die Nachbarn und die Polizei. Doch ehe Hilfe kommen konnte, waren die verwegenen Burschen, denen etwa 500 RM bar in die Hände fielen, auf und davon. Von den Tätern, die mit großer Frechheit und im günstigen Augenblick zu Werke gingen, fehlt bisher jede Spur. Hoffentlich gelingt es noch, der Räuber habhaft zu werden, um die aufgeregte Bevölkerung vor derartigen Ueberfällen zu schützen.

Gefängnisstrafen für Nörgler und Greuelmärchendichter.

() **Düsseldorf**, 2. November.

Vor dem Düsseldorfer Sondergericht hatten sich mehrere Personen aus verschiedenen Städten des Oberlandesgerichtsbezirks Düsseldorf wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei zu verantworten. Dem 35jährigen Viktor Hilger aus Viersen wurde zur Last gelegt, im Juli d. J. in einer Wirtschaft in Viersen im Laufe eines Gespräches über konfessionelle Fragen schwere Beleidigungen gegen den Führer und Reichskanzler ausgestoßen zu haben. Er entschuldigte sich damit, betrunken gewesen zu sein und nicht zu wissen, was er gesagt habe. Das wurde aber durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt und Hilger, dem § 51, Abs. 2 als Milderungsgrund zugebilligt wurde, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Als weiterer Angeklagter, gegen den bereits im Juli 1934 ein ähnliches Verfahren geschwebt hatte, das aber auf Grund der Amnestie eingestellt wurde, erschien der 56jährige Johann Cremer aus Solingen-Ohligs vor dem Sondergericht. Er verkaufte Stoffe von Haus zu Haus und hat in einer Wohnung über den Führer und Reichskanzler, verschiedene Mitglieder der Reichsregierung, das Winterhilfswerk, die SA und die NSDAP geschimpft und abfällige Bemerkungen gemacht. Der Angeklagte bestritt, sich in der angegebenen Weise geäußert zu haben, wurde aber überführt und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Festvorstellung zu Goebbel's Geburtstag.

× **Rheydt**, 1. Nov.

Aus Anlaß des Geburtstages des Reichsministers Dr. Josef Goebbels fand im Rheydter Haus eine Festvorstellung in Anwesenheit der Mutter des Ministers statt. Reichsdramaturg Schlösser war wegen des Ablebens des Präsidenten der Reichstheaterkammer Dr. Otto Laubinger am Erscheinen verhindert. Einleitend hielten der Intendant der Städtischen Theater M.-Gladbach-Rheydt und Gaupropagandaleiter Brouwers Ansprachen, in denen sie den Anteil des Ministers an der Förderung des kulturellen Schaffens der Nation hervorhoben. Denn ein Staatsgefüge könne nicht durch die politische Macht allein erhalten werden, sondern es bedürfe auch der kulturellen Untermauerung. In dem festlich geschmückten Haus gelangte dann die Oper „Tiefland" zur Aufführung.

Köln schafft einen Fest- und Aufmarschplatz.

Ideenwettbewerb für die städtebauliche und architektonische Gestaltung.

:: **Köln**, 1. November.

Das Fehlen eines der Stadt Köln würdigen, zentral gelegenen Fest- und Aufmarschplatzes für die großen Kundgebungen der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Gliederungen und für festliche Veranstaltungen aller Art, hat die städtische Verwaltung Kölns veranlaßt, auf dem bis jetzt nur zum Teil erschlossenen Gelände des inneren Grüngürtels zwischen Aachener- und Bachemerstraße, die Möglichkeiten zur Anlage eines solchen Festplatzes durch einen allgemeinen Wettbewerb zu untersuchen. Die Stadt Köln hat in Verbindung mit der Leitung des Gaues Köln-Aachen der NSDAP unter den Architekten und Gartengestaltern, die in dem Gebiet des Gaues wohnen oder dort geboren und Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste sind, einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, um die Grundlagen für eine künstlerische und zweckmäßige Gestaltung dieser Anlage zu erhalten.

Nach der Ausschreibung wird ein Platzraum von etwa 30 000 bis 35 000 qm Größe gefordert, auf dem 60 000 bis 70 000 Mann in Kolonnen aufmarschieren und Aufstellung finden können, ferner eine massive Tribüne von etwa 1300 qm Platzraum für 1500 Fahnenträger und ebensoviele Ehrengäste, weiter Stehplätze für 15—20 000 Zuschauer, sowie ausreichende Parkplätze für Wagen und Räder. Mit der Anlage soll eine Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Krieges und der Bewegung verbunden sein. Würde und Größe der Anlage sollen mit einfachen Mitteln gestaltet werden.

Die Arbeiten, die mit einer Kennzahl bezeichnet werden müssen, sind bis zum 2. Januar 1936, mittags 12 Uhr, bei der Städtischen Garten- und Friedhofsabteilung Köln-Deutz Messeplatz, abzuliefern bezw. bis zu diesem Zeitpunkt bei der Post oder Eisenbahn portofrei aufzugeben.

An Preisen stehen insgesamt 4500 RM. zur Verfügung und zwar ein 1. Preis von 2000 RM., ein 2. Preis von 1000 RM., ein 3. Preis von 600 RM. und ferner für drei Ankäufe von je 300 RM. insgesamt 900 RM.

WHW-Auftrag für Idar-Oberstein.

— **Idar-Oberstein**, 1. November.

Auch in diesem Jahre hatte die Idar-Obersteiner Schmuckwarenindustrie einen Winterhilfswerk-Auftrag auf Lieferung von Anstecke-Abzeichen für den Monat Dezember erhalten. Wie im vergangenen Winter trug der große Auftrag in erheblichem Maße zur wirtschaftlichen Belebung in der Schmuckwarengewerbestadt des Westmarkgaues teil. Fast 1200 Schleifer waren mit der Herstellung der Steine beschäftigt. Etwa ein Viertel der Schleifer war vorher arbeitslos und erhielt durch die Zuweisung des WHW-Auftrages für zehn Wochen Arbeit und Verdienst; daneben waren mit dem Schliff der Steine selbständige Schleifer beschäftigt, von denen der größte Teil vorher unter ständigem Auftragsmangel zu leiden hatte. Die Metallteile der Anstecknadeln wurden von insgesamt 600 Arbeitern hergestellt; die Hälfte der mit der Herstellung Beschäftigten entfällt auf Heimarbeiter. Da der Gesamtauftrag in der geschäftsstillen Zeit nach Idar-Oberstein vergeben wurde, konnten durch diese zusätzliche Arbeitsbeschaffung Entlassungen in der Metallwarenindustrie vermieden und die Heimarbeiter ausreichend beschäftigt werden. Trotzdem der Auftrag so gut wie abgeschlossen ist, laufen erfreulicherweise aus einzelnen Gauen noch Nachbestellungen ein. Daß sich auch die Auslandsdeutschen in immer stärkerem Maße an den Spenden für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes beteiligen werden, beweist die Tatsache, daß die Auslandsorganisationen der NSDAP für Dezember 1935 bereits 25 000 der Idar-Obersteiner Edelsteinplaketten gegen 5600 im Vorjahr angefordert haben.

Schmuggelauto mit 14 Zentnern Kaffee gestellt.

(!) **Aachen**, 1. Nov.

Durch das geschickte Verhalten eines Polizeibeamten gelang in Alsdorf bei Aachen ein großer Schmuggelfang. Der Beamte bemerkte einen Kraftwagen, an dem nur ein Scheinwerfer brannte. Als der Beamte Haltezeichen gab, versuchte der Wagenführer ihn zu überrennen. Der Beamte schwang sich jedoch auf das Trittbrett des Wagens und zwang den Lenker mit vorgehaltener Pistole zum Abstoppen. In dem Wagen befanden sich 14 Zentner Schmuggelkaffee. Während der Kraftwagen und die Ware der Beschlagnahme verfielen, wurde der Führer festgenommen.



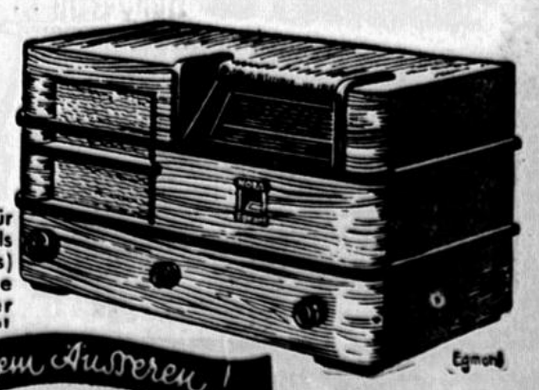
NORA 1935/36

EINKREISER
NORA-Undine
für Wechselstrom ab
RM 144.75 mit Röhren

ZWEIKREISER
NORA-AIDA
rückkopplungsfreim. Schattenvisier für Wechselstrom
m. R. RM 230.50 o. Sperrkreis

SUPERHET
NORA-Egmont
mit allem Bedienungskomfort für Wechselstrom
RM 317.25 mit Röhren

Alle Empfänger auch für Allstrom sowie auch als Musiktruhen (Noracords) erhältlich / Moderne Batterie-Zweikreiser
Erhältlich in sämtl. Fachgeschäften!



Die Vollendung von klanggleicher Schönheit, hoher Selektivität und geschmackvollem Aeußeren!



Wir sind im größten Eroberungsfeldzug der Weltgeschichte begriffen.
Adolf Hitler, 9. Oktober 1935.

Der Wunsch unseres Führers und Kanzlers ist es, im Kampf gegen Hunger und Kälte unsere Volksgemeinschaft zu bekunden.

Für die PO., PT. und das NSKK. ist der Wunsch des Führers stets Befehl gewesen, und so marschieren am 3. November 1935 die Kämpfer der Bewegung für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Immer ist den alten Marschierern der Bewegung zugrundbefohlen worden! Wenn sie nun an diesem Tage zum deutschen Volke kommen, um ein Opfer für den Sozialismus der Tat zu erbitten, so möge jeder Volksgenosse seinen Dank für die Aufopferung dieser alten Marschierer im Kampf um die Errettung unseres Reiches durch eine Opfer für das Winterhilfswerk abstatten.

Die treuesten Kämpfer des dritten Reiches sind an diesem Tage die Helfer für das Winterhilfswerk! Bekundet Euer Verbundenheit mit ihnen durch Euer Opferfreudigkeit!

Der Chef des Stabes der PO.: Der Reichsführer PT.: Der Korpsführer:

Lütze H. Himmler. Schulz

Zum Tage der ersten Reichsstraßensammlung ergeht an alle Angehörigen unserer großen deutschen Schicksalsgemeinschaft der Ruf zu größter Einsatzbereitschaft. An diesem Tage kommen zu Dir, deutsche Volksgenossin, und zu Dir, deutscher Volksgenosse, mit der Büchse in der Hand

die SA-Männer und SA-Führer, die SS-Männer und SS-Führer sowie die NSKK-Männer und NSKK-Führer.

Sie haben in den harten Jahren des Kampfes unter Beweis gestellt, daß sie stets auch ungerufen ihre Pflicht im Dienste an der Volksgemeinschaft vorbildlich erfüllt haben. Jede deutsche Volksgenossin und jeder deutsche Volksgenosse sollte es daher

am 3. November 1935

für seine Pflicht erachten, durch Opferfreudigkeit die Verbundenheit mit diesen treuen Kämpfern Adolf Hitlers unter Beweis zu stellen. Freudigen Herzens soll die Gabe fließen. So, wie für jeden Nationalsozialisten das

Winterhilfswerk eine stolze Herzensangelegenheit

ist, so muß jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau durch die Tat beweisen, daß sie sich in die Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes selbstlos eingliedern und es sich zur Ehre anrechnen, bewußt ein Opfer bringen zu dürfen. Jeder soll so zu seinem Teil wenigstens in bescheidenem Maße den Männern den Dank abstatten, die die Garanten waren, sind und bleiben werden für die Durchdringung des ganzen Deutschen Volkes mit der nationalsozialistischen Idee.

Wo Euch die Männer im braunen und schwarzen Ehrenkleid begegnen, da legt freudig und gern Euer kleines Opfer auf den Altar des Vaterlandes nieder. Wie sagte doch der Führer bei der Eröffnung des Winterhilfswerkes?

„Du sollst Opfer bringen, Du sollst geben"!

. . . Du hast nie den Hunger kennen gelernt, sonst würdest Du wissen, wie lästig erst der Hunger ist . . .!



Das erste Sammelabzeichen des WHW

Das nationalsozialistische Ideal der Volksgemeinschaft ist eine gewaltige Realität!